

KOMMENTARE

Karlsruhe als Vorreiter

RAINER HAENDLE

Manchmal mahlen die Mühlen der Politik besonders langsam: Nach vielen Jahren der ideologischen Blockade hat der Bundestag gestern endlich grünes Licht für die streng reglementierte Heroin-Therapie von Schwerstabhängigen gegeben, wie sie in Karlsruhe schon lange erfolgreich in einem Modellprojekt praktiziert wird. Viele Konservative glauben bis heute, dass der Staat damit in die Rolle des Dealers schlüpfen würde. Deshalb verschlossen sich Teile der CDU standhaft den vielen guten Argumenten, die für diesen längst nicht mehr neuen Weg in der Drogenpolitik sprechen. Auch die baden-württembergischen Christdemokraten haben in dieser Frage einen viel zu langen Lernprozess hinter sich. Sozialministerin Monika Stolz kassierte noch vor drei Jahren auf dem Pforzheimer Parteitag eine deutliche Abfuhr für die Abgabe des künstlich hergestellten Diamorphins unter staatlicher Aufsicht.

Die Bedenken in der Union waren deshalb nicht überzeugend, weil die Experten aus den eigenen Reihen längst die Seiten gewechselt hatten. Von den Medizinern über die Sozialausschüsse bis hin zu den CDU-re-

gierten Modellstädten reicht die Liste der Befürworter. Unter dem Strich gab es deshalb im Berliner Parlament schon lange eine satte Mehrheit dafür, den Karlsruher Modellweg zu legalisieren. Leider scheiterte die Umsetzung lange an parteitaktischen Überlegungen.

Bei der Heroin-Therapie geht es nicht um das großzügige Verteilen von Rauschgift an alle Junkies. Es geht um ein von Ärzten streng überwacht Behandlungsverfahren für schwer Suchtkranke, bei denen alle anderen Therapieversuche schon gescheitert sind. Der unbehandelte Heroinabhängige kommt unsere Gesellschaft viel teurer zu stehen: Beschaffungskriminalität, Krankheit oder Gefängnis – da werden schnell Summen von bis zu 50 000 Euro pro Jahr fällig. Hinzu kommt der ethische Aspekt: Wer es im Kampf gegen die Drogenszene wirklich ernst meint, der darf nicht nur auf Repression setzen, sondern muss überzeugende Ausstiegsszenarien anbieten. Die Stadt Karlsruhe kann sich bei der Drogenpolitik zu Recht damit rühmen, dass sie in Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen und sehr viele Kritiker überzeugt hat.

Grünes Licht für Heroin-Abgabe

Berlin/Karlsruhe (BNN/dpa). Nach jahrelangem Streit ist der Weg zur staatlichen Abgabe von künstlichem Heroin an Abhängige bundesweit frei. Ohne Fraktionszwang beschloss der Bundestag



gestern mit 349 Ja-Stimmen bei 198 Gegenstimmen und drei Enthaltungen einen von der SPD initiierten Antrag. Der Gesetzentwurf wurde von der Opposition unterstützt. Die Union lehnte ihn ab. Das Diamorphin (Foto: dpa) bekommen Menschen in speziellen Einrichtungen unter staatlicher Aufsicht nach „strengen Kriterien“, wie die SPD-Gesundheitsex-

pertin Carola Reimann versicherte. Grundlage für die Entscheidung war eine Studie in Karlsruhe, Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln und München von 2002 bis 2006. Mit dem Beschluss ist die Fortführung Heroinabgabe in den sieben Modellstädten gesichert. In Karlsruhe wurde die Entscheidung mit großer Freude aufgenommen. Sozialbürgermeister Harald Denecken (SPD) sprach von einem „Sieg der Menschlichkeit und der Vernunft“. Siehe Südwestecho, Kommentar und Lokales.)